

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 1. d. M. 31. Dezember 1925 bei 1000 Exemplaren Zustellung mit Haus 1,50 Mark. (Postzusatz 1/2 Mark für Monats-Dezember 1/2 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.)
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die erste Spalte 40 am ersten Tage 30 Pf., für auswärts 35 Pf. Familienanzeigen und Kleinanzeigen ohne Rabatt 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 20 Tage keine Kleinanzeigen 15 Pf., überhalb 200 Pf. (Dienstag 10 Pf. Neue Kultur von Vorausbez.)

Verantwortlich: **Walter R. Dreyer.**
 Fernsprecher: **Sammlerzimmer: 25 241.**
 Nur für Nachgelieferter: **20 011.**

Schreibleitung und Hauptgeschäftsstelle:
 Marienstra. 4 15642.
 Druck u. Verlag von **Wegisch & Reichardt** in Dresden.
 Politisch-Rev. 1068 Dresden.

Abdruck nur mit deutlicher Quellenangabe. "Dresdner Nachr." ist für alle Anzeigen-Schriftlicher werden nicht aufbewahrt.

Die ungelöste Frankentrise.

Argwohn der französischen Presse gegen das Sanierungsprojekt der Industriellen.
Englische Prejessimmen gegen das Industriellenprojekt. — Friedensverhandlungen mit den Druzen eingeleitet.

Widerspruch gegen die Finanzpläne Doumers

Paris, 21. Dez. Die Doumer zugeschriebenen Finanzpläne in einem Teil der Presse bereits beifälligen Widerstand. Der „Quotidien“ schreibt, daß die beabsichtigte Vergrößerung der Geschäftsumsätze ein unannehmbarer Erfolg sei. Morgen, spätestens übermorgen, werde das Kartell sein Finanzprogramm in der Kammer einbringen. Die Wahl zwischen ihm und den Plänen Doumers würde den Abgeordneten nicht schwerfallen. Der „Quotidien“ hält es für ausgemacht, daß sich eine Mehrheit zugunsten des vorläufig noch unbekanntes Finanzprogramms der drei Linkgruppen ergeben wird. (Z.M.)

Die Zweifel am Projekt der Industriellen.

Paris, 21. Dez. Die Pläne der Gruppe Rathon (Abordnung der Industriellen Nordfrankreichs), die Ende der vergangenen Woche ein so lebhaftes Echo in der Presse fanden, werden mehr und mehr mit Stillschweigen übergegangen. Es wird angegeben, daß die durch die Aufkündigung der Projekte hervorgerufenen Hoffnungen verflüchtigt waren. Mehrere Blätter legen sich die Frage vor, ob die Bedeutung der vorgenannten Gruppe nicht überschätzt worden ist. Man weiß zurzeit nicht, schreibt ein linksstehendes Morgenblatt, ob die von den Industriellen mitgeteilten Projekte ernsthaft durchdacht und ausführbar sind. Verhärtet wird der Widerspruch der Blätter durch den Umstand, daß die beiden einflussreichsten Wirtschaftsgruppen Verband wirtschaftlicher Expansion und Allgemeine Vereinigung der französischen Produktion in einem nur von wenigen Blättern gebrachten Kommuniqué für den Schritt der Industriellen Worte sehr zweifelhafter Zustimmung finden.

Das radikal-sozialistische Blatt „Volent“ hält das Ganze für einen Schwindel und behauptet, die Deutlichkeit sei auf einen unverkündeten Bluff berechnungen. Es unterliege keinem Zweifel, daß die eingeleiteten Verhandlungen nicht zu dem geringsten Ergebnis führen würden. Dem Schritte der Industriellen läge die Absicht zugrunde, einer Revolverung der Kriegsschäden in Nordfrankreich vorzubeugen. Was die Rathon-Gruppe angeboten hätte, läme dem Staate von Rechts wegen zu, wenn die Regierung sich endlich zu der längst geplanten Überprüfung der Kriegsschäden entschließen würde. Im übrigen hätte der Schritt der Industriellen nur ein Standstill und schließlich gekartelltes Börsenwandel zur Folge. — Die allgemeine Ernüchterung wird nicht von dem „Peitit Parisien“ geteilt. In dem Senator Dubert, der Präsident der Kommission für auswärtige Angelegenheiten, die industriellen Projekte beipflichtet. Dubert mißt dem Projekt, das die Bildung eines Kartells vorsieht, das Obligationen zur Rückzahlung an Inhaber kurzfristiger Schatzanweisungen herauszugeben würde, besondere Bedeutung bei. Es wäre denkbar, meint Dubert, daß diese Obligationen in den Vereinigten Staaten abgesetzt würden, nach dem Beispiel der deutschen Eisenbahnobligationen, von deren Unterbringung in Amerika zurzeit die Rede ist.

England zu den französischen Finanzreformplänen.

London, 21. Dez. Die neuerdings aufgetauchten Pläne, die französischen Finanzen durch Anleihen zu sanieren, werden in England sehr kritisch aufgenommen. Die „Times“ schreibt, daß diese Vorschläge nur darauf hinausläufen, die Zukunft zugunsten gegenwärtiger Annehmlichkeiten zu verpfänden. Der Vorschlag der Kapitalisierung der deutschen Dawes-Zahlungen durch Mobilisierung der deutschen Eisenbahnobligationen auf dem amerikanischen Markt, oder der Plan des Verkaufs des Tabakmonopols an das Ausland zum Zwecke hätten, so würde das Kapital richtig angewendet werden. Das Kapital jedoch als Einkommen zu verwenden, wie man es jetzt vorschlägt, sei ebenso schlecht für eine Nation, wie für einen einzelnen. (Z.M.)

Die Folgen des Frankentrises.

Verständliche Aufregungsbildungen im Saargebiet. Saarbrücken, 21. Dez. Der Standpunkt der Regierungskommission „Franken bleibt Franken“ hat sich endlich geändert, denn sie hat neuerdings zugelassen, daß der Franken als Wertmesser für Kredit- und Schuldverhältnisse nicht mehr verwandt wird. Die Direktion des Saargebietes, der Provinzialverwaltung und das Oberbergamt haben daher angeordnet, daß alle bisherigen Frankentraktaten in wertbeständige Darlehen umzuwandeln sind. Weitere Kredite dürfen nur auf wertbeständiger Grundlage gegeben werden.

Die privaten Wirtschaftsverhandlungen.

Der Reichsverband nicht beteiligt. Der Reichsverband der deutschen Industrie teilt mit: Die Mitteilung, daß einige deutsche Industrielle in Paris u. a. über die Frage der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen private Besprechungen angestellt haben, hat in den Kreisen der deutschen Industrie lebhaftes Erstaunen hervorgerufen. Von diesen Verhandlungen ist der Spitzenorganisation der deutschen Industrie, dem Reichsverband der deutschen Industrie, nichts bekannt. Die in der Presse als Unterhändler Deutschlands genannten Industriellen stehen mit dem Reichsverbande in keinen Beziehungen.

Auch die Reichsregierung rückt ab.

Paris, 21. Dezember. Ueber die Pariser Besprechungen deutscher Industrieller mit französischen Industriellen und Kammermitgliedern zwecks Verhandlungen über Wirtschaftsverträge wird von amtlicher Seite erklärt: Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß die Reichsregierung diesen Verhandlungen fern steht. Die in einigen Mitteilungen genannten Namen der deutschen Industriellen, daß den Pariser Besprechungen jede allgemeinere Bedeutung abgeht.

Dunkle französische Pläne gegen Genf.

Von unserem Vertreter in Genf. Genf, 20. Dezember. Vor kurzem konnte in der Schweiz und in Genf ein unerschütterlicher Gedächtnistag gefeiert werden: zwei Jahre sind es her, seitdem Frankreich gewaltsam die Zonenordnung aufgehoben hat und mit Militär an die politische Landesgrenze vorgedrückt ist, ähnlich wie es in Deutschland über den Rhein gekommen ist. Der Gedächtnistag ist zwar in Genf nicht gefeiert worden, aber wer weiß, ob das nicht in späteren Jahren einmal so geschehen wird, wie dies heute mit der Eskalade, dem zurückgeschlagenen saronischen Nachdrangriff auf Genf, von Jahr zu Jahr in gefährlicherem Maß der Fall ist. Denn es erscheint mehr und mehr als die Absicht Frankreichs, auf Genf eine neue Eskalade, nur mehr mit den modernen Mitteln des wirtschaftlichen Waffens, vorzubereiten.

Die Zonenangelegenheit ist heute noch nicht geregelt, oder besser gesagt, nach Polnarczewski'schem System geregelt: das große, aber auf französischem Gebiet liegende Hinterland Genfs ist immer noch hermetisch von der natürlichen Hauptstadt abgetrennt, und die wirtschaftliche Misere Genfs beugt sich daher in eine etwas unheimliche Weise. Vor mehr als einem Jahr haben die Schweiz und Frankreich zwar eine Schiedsordnung beschlossen, welches ein immer noch sehr unvollständiges und immer noch einseitiges Schiedsverfahren ermöglichen sollte; man hat, vom Inkrafttreten der Schiedsordnung an, die für das Verfahren notwendige Zeit auf zwei Jahre berechnet. Die Schweiz hat das Abkommen ratifiziert — es ist beinahe ein Jahr her —, und seitdem wartet sie umsonst, daß die Ratifikation auch in Paris vorgenommen werde. Der internationale Saager Gerichtshof wartet ebenfalls. Frankreich hat ein Interesse daran, die Ratifikation seinerseits immer wieder zu verschleppen und damit aus dem gewaltsam herbeigeführten Zustand an der Grenze Genfs einen dauernden zu machen, die leidende Bevölkerung auch auf französischer Seite allmählich in die Tatsachen einleben zu lassen, um zuletzt einen Zustand zu haben, auf dessen langjährige Dauer und Angewöhnung sich Frankreich berufen kann. Allmählich läßt nun aber die Schweizer Presse durchblicken, daß sie durchaus nicht mehr daran zweifeln könne, welches Ziel Frankreich in tieferer Sinne verfolge: Genf war seit Jahrhunderten bis heute eines der vornehmsten Ziele französischer Annexions- und Durchdringungspolitik. Bei Ausbruch des Krieges haben in Genf 50000 Nationalfranzosen gelebt. Genf soll, in seiner exponierten Stelle, umgeben von französischer Provinz wirtschaftlich müde gemacht werden, um vielleicht das ein oder zwei Jahre, einmal wider Willen angehört hat.

Die Zeichen der Befähigung dieser Annexionswünsche mehrten sich gegenwärtig in zu auffachen mahender Zahl, und die Mittel, die zur Würbarmung der Genfer Bevölkerung dienen sollen, nehmen alle irgendwie möglichen Formen an. Nachdem bis jetzt alles verfaßt hat, was die französischen Nationalisten zu Annahme und anderwärts rings um Genf versucht haben, ist man plötzlich auf den Gedanken gekommen, sich des Völkerbundes zu bedienen, und zwar in dem Sinne, daß er auf keinen Fall weiter aufbauen dürfe, wie die Hauptstadt des Völkerbundes immer mehr in einen Wirtschaftstillstand fiele, und daß er deshalb Genf als sein (des Völkerbundes) Territorium erklären müßte. Der Vorschlag geht von einem Blatt „Le Rhodan“ aus, wobei wohlweislich verschwiegen wird, wer der „geheilte“ Vater des hochverräterischen Schriftstückes ist. Es ist von vornherein eine abgemachte Sache, daß irgendein nationalfranzösischer „Cercle“ Autor ist, ähnlich wie es immer Kreise annexionsstrebiger jungstapferer Italiener sind, die im Tessin ähnliches aufbringen. Vom Völkerbundrat ist ihr übrigens anzunehmen, schreibt das „Berliner Tageblatt“, daß er gerade nichts anderes zu tun hätte, als sich zugunsten „seiner Hauptstadt“ in schweizerische Angelegenheiten einzumischen, und ein anderes Blatt meint etwas weniger diplomatisch, daß er dann wohl umziehen müßte.

Das Dokument im „Mondain“ ist aber insofern überaus interessant, als es mit bemerkenswerter Offenheit zeigt, wie über alle Mahen Kruppellos vorgegangen wird, um in Genf eine Stimmung der Ungehuld zu schaffen gegenüber dem (durchaus nicht schwerwiegenden) wirtschaftlichen Depressionen, und dies gerade in dem Augenblick, da die Eigenoffenheit der isolierten Stadt alle möglichen Vergünstigungen einrichtet, um ihr die Ausfälle wegen des verlorenen Hinterlandes weitzumachen. Das Pamphlet hat — bezeichnend für dessen Schamlosigkeit — ungefähr folgenden Wortlaut, bombastisch wie jede Lüge:

„Man muß Genf seine wirtschaftliche Freiheit geben, indem man es mit den Zonen einem frei-wirtschaftlichen Regime unterstellt. Damit würde es zum begünstigten Land des Kontinents. Es wäre dazu berufen, die wirtschaftliche Plattform des Völkerbundes, der Mittelpunkt des internationalen Austausches, der dauernde Treffpunkt der Welt, der Industriellen und Weltkaufleute zu werden. Es handelt sich also nicht um Genf als schweizerische Stadt, sondern um Genf als völkerbundliche Stadt. Genf und sein französisches Hinterland müssen miteinander verschmolzen werden, und zwar eben die Zollgrenze definitiv aufgehoben ist. Es muß also schnell gehandelt werden. Möge der Völkerbundrat sich, zur

Friedensverhandlungen mit den Druzen?

Eine Konferenz in Sueda geplant.

London, 21. Dez. Die englischen Blätter berichten aus Beirut von dem ersten ernsthaften Schritt zur Einleitung von Friedensverhandlungen. Eine Abordnung, bestehend aus Nationalisten und Druzen, wäre nach der Hauptstadt Sueda im Druzengebiet abgereist. Die Abordnung arbeite mit Kenntnis der französischen Behörden dorthin und werde von dem Emir Amin Arslan, der Vorkämpfer einer führenden Druzenfamilie, die sich an den Feindlichkeiten nicht beteiligt hat, empfangen. Diese Abordnung werde Mitte dieser Woche zurück erwartet. Man hoffe als Ergebnis ihrer Reise die Herbeiführung eines Waffenstillstandes und die Einleitung von Friedensverhandlungen.

London, 21. Dez. „Morning Post“ meldet aus Beirut, daß neue Druzenangriffe auf Dabala von den Franzosen unter beträchtlichen Verlusten für die Aufständischen zurückgeschlagen wurden. Vier italienische Kriegsschiffe würden in Beirut erwartet. „Daily Mail“ berichtet aus Beirut, daß die Verluste französischer Abteilungen, die Aufständische aus der Umgebung von Damaßus zu vertreiben, wenig erfolgreich seien. Französische Verstärkungen träfen dauernd ein.

Bertrauensvotum für die französische Regierung.

Schluss der Syrien-Debatte. (Zurück aus Beirut.) Paris, 21. Dez. Der Teil einer Tagesordnung Cassals, der der Regierung das Vertrauen ausdrückt, wurde mit 300 gegen 20 Stimmen angenommen. Der letzte Absatz dieser Tagesordnung über die Organisation des Mandats über Syrien wurde mit 420 gegen 8 Stimmen angenommen. Daraus wurde die gesamte Tagesordnung genehmigt. Die Kammer vertagte sich dann auf Dienstag vormittag, um die

Beratung des Budgets fortzusetzen. Die Interpellationen über die deutsch-französischen Beziehungen werden im Einvernehmen mit den Interpellanten bis auf weiteres vertagt. (Z.M.)

Das angebliche Friedensangebot Abd el Krims.

Paris, 20. Dezember. Das angebliche Friedensangebot Abd el Krims überbringt, hat sich von Tanger nach Paris begeben. (Z.M.)

Frankzösische Seeresreform geplant.

Paris, 21. Dez. Der Unterstaatssekretär im Kriegsministerium, Desolat, beschäftigt in der ersten Jahreshälfte einen Gesetzentwurf über eine allgemeine Seeresreform einzubringen. Der Oberste Kriegsrat tritt Mittwoch zur Prüfung dieses Entwurfs zusammen.

Die türkische Konfliktegefahr „nicht völlig beseitigt“.

(Durch Istanbul.) London, 21. Dez. „Times“ meldet aus Konstantinopel, es könne angenommen werden, daß die Türken vorläufig jeden Gedanken an gewaltsame Maßnahmen gegenüber aufgegeben hätten. Die Konfliktegefahr sei jedoch damit nicht völlig beseitigt. Die Kriegspartei in Angora sei hart und stehe unter dem Einfluß der Bolschewisten, die von einem Kriege im Frühjahr sprächen. Dem Verlesteratter zufolge werde jedoch erklärt, daß ein Konflikt keineswegs unvermeidlich sei, wenn Großbritannien zu einer edelmütigen Geste bereit sei. „Morningpost“ berichtet aus Konstantinopel, daß das britische Freundschaftsangebot durch Kolonialsekretär Ameru eine neue Ausflucht eröffne. Es werde darauf bestanden, daß die Entscheidung über Russland nicht wirksam werde, ohne daß weitere Verhandlungen stattfänden. (Z.M.)